

Ostfriesen Zeitung

Unabhängige und überparteiliche Tageszeitung für Ostfriesland

76. JAHRGANG, NR. 261

MONTAG, DEN 8. NOVEMBER 2021

1,80 €

AUTOHAUS SCHOLTALBERS
AM EMSDEICH 30 | 26789 LEER
WWW.AH-SCHOLTALBERS.DE

WELCOME

YES WE CAN!

DAS WETTER HEUTE



Schauer 12 °C

AUCH DAS NOCH

Fußgängerbrücke gestohlen

Unbekannte haben in Verden eine Fußgängerbrücke von einer Baustelle gestohlen. Dabei gingen sie aber mit Fürsorge vor: Damit vorbeikommende Passanten nach der Tat nicht in die Baugrube fielen, über die die Brücke führte, sperrten die Täter diese mit herumstehendem Absperrmaterial ab, wie die Polizei am Sonntagabend mitteilte. Bauarbeiter hatten am Freitag das Fehlen der Behelfsbrücke bemerkt und die Polizei alarmiert. Wie die Täter die knapp drei Meter lange und einen Meter breite Brücke aus Aluminium in der Nacht zum Freitag abtransportierten, sei noch unklar, sagte eine Sprecherin der Polizei.

KINDERSEITE

Verschiedenes Blut

Habt ihr schon mal von den Blutgruppen gehört? Jeder hat eine – und es gibt vier verschiedene. Was es mit ihnen auf sich hat und wieso wir nicht alle dasselbe Blut haben, erklären wir euch heute auf der Kinderseite. Dazu haben wir mit einem richtigen Experten gesprochen, nämlich mit Markus Schmutge, einem Facharzt für Blut. Seite 14

INHALT

Meinung	2
Politik	3
Kultur	4
Fernsehen	5
Panorama	6
Ostfriesland	ab Seite 7
Lokales	ab Seite 10
Kinderseite	14
Sport	ab Seite 21
Familienanzeigen	27
Wetter/Rätsel	28

KONTAKT

Kundenservice 0491 97 90 100
info@oz-online.de
Abo/Zustellung 0491 97 90 200
vertrieb@oz-online.de
Anzeigen 0491 97 90 300
anzeigen@oz-online.de
Redaktion 0491 97 90 172
redaktion@oz-online.de



Jäger testen 500 neue Wildwarner

LANDKREIS LEER - Insgesamt 500 neue Wildwarner sollen im Landkreis Leer die Anzahl von Unfällen mit Rehen und anderem Wild reduzieren. Die Erprobungsphase soll zwölf Monate dauern und wird unter anderem mit einem Zuschuss des Landkreises finanziert.

Die Technik wird auf drei Teststrecken in Potshausen, Breiner Moor und an der Landesstraße 24 in Veenhusen ausprobiert – weil es dort in der Vergangenheit eine hohe Anzahl an Wildunfällen gegeben hat. Bewährt sich das System, soll laut dem stellvertretenden Kreisjägermeister Heinrich Rauert Nachschub angeschafft werden.

Die Redaktion hat mit den Jägern über die Vorteile des neuen Systems gesprochen. Seite 9



Bruno Kolthoff, der Leiter des Hegerings Moormerland-Süd, setzt große Hoffnung in die Wildwarner.

FOTO: ORTGIES

Niedersachsen: Die Grünen fordern Solaranlagen-Pflicht

UMWELT Baden-Württemberg hat ein solches Gesetz schon – und soll als Vorbild dienen

VON LARS LAUE

HANNOVER - Die Grünen in Niedersachsen fordern mit Blick auf die von der rot-schwarzen Landesregierung geplante Novelle der Bauordnung eine Solaranlagen-Pflicht für alle Neubauten. Auch wer das Dach seines bestehenden Wohnhauses erneuert, soll nach dem Willen der Grünen dazu verpflichtet werden, in diesem Zuge eine Photovoltaikanlage zu installieren. „Niedersachsen wird nur dann Vorreiter beim Klimaschutz, wenn wir endlich alle Möglichkeiten dafür nutzen. Und das heißt zum Beispiel, mehr Solaranlagen auf die Dächer zu bringen“, sagte der stellvertretende Grünen-Fraktionschef im Landtag, Christian Meyer, am Wochenende gegenüber unserer Redaktion.

Er bezeichnet das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg als Vorbild für Niedersachsen. Dort



Christian Meyer

war vor wenigen Tagen mit einem Klimaschutzgesetz eine Solarpflicht für jedes neue Haus beschlossen worden. Wichtigste Neuerung: Wer ein neues Haus bauen will, muss ab 1. Mai 2022 eine Solaranlage auf seinem Dach installieren lassen. Zudem müssen Hausbesitzer vom 1. Januar 2023 an auch bei einer grundlegenden Dachsanierung auf Bestandsgebäuden eine Photovoltaikan-

ge einbauen lassen. In dieser Woche debattieren die Abgeordneten im niedersächsischen Landtag über die Änderung der Bauordnung. Die Koalitionsparteien SPD und CDU sehen eine Pflicht zur Installation von Solarstromanlagen bislang lediglich auf großen gewerblichen Gebäuden wie Supermärkten oder Fabriken vor.

Öffentliche Gebäude wie Schulen und Behörden sollen von der Pflicht ebenso ausgenommen werden, wie landwirtschaftliche Bauten und private Wohnhäuser. Grünen-Fraktionsvize Meyer hat dafür kein Verständnis. „Die rot-schwarze Landesregierung kneift, wenn es konkret wird“, kritisiert Meyer die vorgesehene Neuerung in der Bauordnung als „halbherzig“ und kündigt gegenüber unserer Redaktion einen Änderungsantrag an.

„Noch nicht einmal bei landeseigenen Gebäuden wie Finanzämtern und



Olaf Lies FOTOS: STRATENSCHULTE/DPA

Hochschulen soll es in Niedersachsen eine Solarpflicht geben. Das ist einfach peinlich“, findet Meyer. Es sei „höchste Zeit, dass sich SPD und CDU in Niedersachsen nicht länger sträuben, sondern wie anderswo auch bei uns endlich moderne Klimaschutzstandards für alle Gebäude vorgeben“, findet Meyer und wirft Umweltminister Olaf Lies (SPD) vor, mit seiner bislang verhaltenen For-

derung nach einer Ausweitung der Solarpflicht den „Mund zu voll“ genommen zu haben. Der Umweltminister konnte sich in der Koalition bislang nicht gegen die Vorbehalte der CDU durchsetzen. Auch die SPD-Fraktion folgte ihrem Minister aus Koalitionsdisziplin bislang nicht. Im Landtagsausschuss war eine Solarpflicht auf alle Gebäude mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt worden.

„Bei der Abstimmung über den Grünen-Änderungsantrag können der Umweltminister und die SPD/CDU-Koalition zeigen, ob sie den hehren Worten für mehr Klimaschutz nicht doch Taten folgen lassen“, betont Meyer und verweist darauf, dass selbst das Landvolk Niedersachsen eine Ausweitung der Solarpflicht gefordert habe – auch, um den Druck von Freiflächen-solaranlagen auf Äckern zu nehmen. Seite 2

Kite-Surfer aus Nordsee gerettet

HORUMERSIEL - Die Seenotretter aus Horumersiel im Wangerland haben am Sonntag zwei Wassersportler in Sicherheit gebracht. „Die beiden Männer waren auf der Nordsee in Lebensgefahr geraten“, schreibt die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS).

Ein Kiter hatte demnach gegen 12 Uhr einen Kollegen in der „akuten Notlage“ entdeckt. Der Mann hatte offenbar seinen Kiteschirm verloren. Es gelang ihm nicht mehr, aus eigener Kraft das rettende Ufer zu erreichen. Auch ein zu Hilfe geeilter anderer Wassersportler konnte ihm nicht helfen. Stattdessen geriet auch er in Seenot.

Die Seenotleitung Bremen alarmierte die Station Horumersiel. Kurze Zeit später sei das Seenotrettungsboot „Wolfgang Paul Lorenz“ bei den Männern eingetroffen. Zwar seien sie weder unterkühlt noch erschöpft gewesen – „dennoch befanden sie sich in einer lebensgefährlichen Situation, da der starke ablandige Wind sie immer weiter auf die Nordsee hinaustrieb“, wird Vornmann Günter Ihnken zitiert.

Forschungsstelle Küste soll bald nach Norddeich ziehen

STANDORT Bau des neuen Gebäudes übernimmt aber nicht das Land – sondern die Reederei Norden-Frisia

NORDEN / DPA - Nach der Schließung des traditionsreichen Dienstortes der Forschungsstelle Küste Anfang dieses Jahres auf Norderney ist nun ein neuer Standort am Festland gefunden worden. Ab Ende 2024 sollen die Forscherinnen und Forscher des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) in einem Neubau hinterm Deich im Ortskern von Norddeich arbeiten. Den Bau des neuen Gebäu-

des übernimmt nicht das Land, sondern die Reederei Norden-Frisia. Die Forschungsstelle soll als Hauptmieter in den Mehrzweck-Neubau einziehen.

Umweltminister Olaf Lies (SPD), NLWKN-Direktorin Anne Rickmeyer und Reederei-Vorstand Carl-Ulbert Stegmann unterzeichneten am Sonntagabend eine Absichtserklärung. Der Mietzeitraum ist auf mindestens 20 Jahre angelegt. Das Investitionsvolumen für den Neubau mit einer

Gesamtfläche von 3000 Quadratmetern schätzt die Reederei auf mindestens neun Millionen Euro.

Die Forschungsstelle Küste (FSK), die es seit rund 80 Jahren gibt, berät die Landesregierung zu Fragen beim Küsten- und Naturschutz. Wegen maroder Gebäude hatte das Umweltministerium den Dienstsitz auf Norderney geschlossen – die Sicherheit für Mitarbeiter wie Besucher sei nicht mehr gewährleistet, so die damalige

Begründung. Die etwa 25 Angestellten sind seit Februar in einem Behelfsquartier in Norden untergebracht. An der Schließung hatte es Kritik gegeben – etwa von den Angestellten selbst und der Stadt Norderney, die die Einrichtung lieber weiter auf der Insel gesehen hätten.

Auch die Grünen im Landtag sehen den Umzug kritisch. „Mit der Entscheidung für den Standort, für einen Neubau der Forschungsstelle Küste (FSK)

möchte sich Umweltminister Lies sicherlich gern feiern lassen. Doch dazu gibt es keinen Anlass“, sagte Landtagsabgeordnete Meta Janssen-Kucz (Leer). Vielmehr sei die Schließung der Einrichtung auf Norderney ein „folgenschwere Fehler“. „Für Norderney ist der Umzug ein Verlust, andere Bundesländer betreiben ihre Forschungsstellen sinnvollerweise auf Inseln.“

Rickmeyer verwies auf die Vorzüge des neuen Standortes wie eine Bahn-

anbindung und die Nähe zur Nordsee. „Jetzt sind wir dichter an unserem Forschungsgegenstand, als wir es vorher auf Norderney waren“, sagte Rickmeyer. Die NLWKN-Chefin erinnerte allerdings auch an den Unmut der Beschäftigten, den Insel-Sitz zu verlassen. Das habe den NLWKN zwischenzeitlich belastet. Ihren Angaben zufolge wurden die Pläne vor der öffentlichen Präsentation auch den Mitarbeitern der FSK vorgestellt.